

für Halle vierzehntägig bei postmässiger Auslieferung 2.50 M., durch die Ver- 3.25 M. auschl. Zustellungsgebühr. ...

Saale-Beitung.

dreizehnter Jahrgang.

werden die Spaltenpreise über dem Stamm mit 50 Pfg. ...

Nr. 31.

Halle a. S., Mittwoch, den 20. Januar

1909.

Fürst Bülow über preussische Politik. Etatsdebatte im Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 19. Januar.

Am Ministertisch: Freiherr v. Rheinbaben, Breitenbach, ...

Erste Lesung des Etats.

(Zweiter Tag.)

Hbg. Dr. Wiemer (fr. Sp.):

Wir stehen vor einer schweren Aufgabe. Der Etat weist Fehl- beträge auf allen Gebieten. ...

Schreiben, das Herr Schäfers geschrieben hat (Aha! und Heiterkeit regis, Zustimmung links), ich denke nicht daran! ...

Ministerpräsident Fürst v. Bülow:

Von allen Vorrednern aus dem Hause ist das Thema „Spararmet“ behandelt worden. ...

Ich habe bereits im Sommer dieses Jahres in einem längeren Rundschreiben gegenüber meinen Herren Kollegen in Preußen und in den Reichsversammlungen ...

Die Kräfte unserer höheren und mittleren Beamten sollen sich nicht in Verrichtungen erschöpfen, die von Per- sonen mit geringerer Vorbildung erledigt werden können. ...

zung ihrer Zahl geschaffen. Ein nachahmenswertes Beispiel hat in dieser Beziehung bereits die preussische Staatseisenbahnverwaltung gegeben, ...

In der konservativen Presse hatte ich schon vorher seit Monaten gelesen, diese Steuer würde in Widerspruch mit konservativen Anschauungen und Grundfragen. ...

Deszendenten und Ehegatten von der Steuer frei bleiben oder nur zu mäßigen Teilen betroffen werden. Wir haben ferner vorgehoben, Freilassung der kleinen Realabgaben und besondere Vergünstigungen für den Grundbesitz, die in seinen besonderen Verhältnissen begründet sind und deshalb durchaus berechtigt erscheinen. Es läßt sich nicht leugnen, daß jede Realabgabe den Grundbesitz und namentlich den ländlichen Grundbesitz sehr viel härter trifft, als das bewegliche Vermögen. (Sehr richtig.) Ich richte deshalb an die rechte Seite des Hauses und an die Vertreter der Landwirtschaft in diesem Hause überhaupt, sowie

an die Landwirte im Lande draußen,

die Bitte, der *dira necessitas* Rechnung zu tragen. Wir können nicht hunderte von Millionen dem beweglichen Vermögen erheben und den Grundbesitz ganz frei lassen. Große Aufgaben erfordern große Opfer, sie müssen von der Gesamtheit getragen werden. Es ist dann die Stellung der Regierung zu wählen, die ich heute durch diese Mitteilung darlegen möchte, als bereits in der Thronrede enthalten ist. Von allen Seiten ist die Wahlrechtsfrage berührt worden. Ich bin nicht in der Lage, heute darüber weitere Mitteilungen zu machen, als bis jetzt über das Thema in der Thronrede zum Ausdruck gekommen ist. Die Vorarbeiten werden mit großem Eifer betrieben. So weit sich ein höherer Ueberblick geminnen läßt, wird der Herr Minister des Innern mit weiteren Vorschlägen hervortreten.

Mein Vordredner Dr. W. I. meier hat auch den

Fall Schilling

berührt. Als Ministerpräsident habe ich keine Veranlassung, mich materiell zur Sache zu äußern, aber die Begleitumstände und die Beachtung, die er in der Öffentlichkeit gefunden hat, veranlassen mich, zu einigen allgemeinen Bemerkungen. Zunächst möchte ich feststellen, daß diesem Falle eine symptomatische Bedeutung nicht zukommt. Das eine steht für mich fest, daß er die langen Erörterungen, die er in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, wirklich nicht verdient. (Sehr wahr, rechts.) Was ich aber vor Ihnen und dem Lande erklären will, ist dies: Solange ich als Ministerpräsident und verantwortlicher Träger der Reichspolitik an dieser Stelle stehe, wird mit meiner Einwilligung kein Beamter wegen Betätigung liberaler, freisinniger Gesinnung zur Verantwortung gezogen. Ich lasse auch dem Beamten seine politische Ueberzeugung. Ich greife nicht in die äußerliche politische Tätigkeit ein. Ich lasse einen Beamten nicht als *suspect* behandeln, weil er freisinnig wählt oder zur freisinnigen Partei zählt. Selbstverständlich muß der Beamte bei der Betätigung seiner Ansichten und Gesinnungen denjenigen Takt zeigen und diejenige Reserve sich auferlegen, die ihm sein Amt und die Rücksicht auf die neugeordneten oder übergeordneten Behörden auferlegen. (Sehr richtig! rechts.) Selbstverständlich darf ein Beamter sich auch nicht bekennen zu den Grundfragen einer Partei, die die Grundlagen unseres Staates, unserer Rechts- und unserer Gesellschaftsordnung bekämpft. Ein Beamter darf sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen. (Bravo! rechts.) Ein Beamter ist aber nicht sakrosankt, weil er liberal oder konservativ ist. (Sehr gut! rechts.) Versteht er seine Pflicht, überschreitet er den Rahmen sachlicher Kritik, läßt er sich zu persönlichen Verunglimpfungen oder Gefährdungen hinreißen, so trägt er die Verantwortung, einerlei, welcher Partei er angehört, und welchen politischen Kurs das Staatsgeschick steuert. Ich bin überzeugt, daß diese Anschauung gerade auf der rechten Seite des Hauses geteilt wird, und dort nicht angenommen wird, die königliche Staatsregierung sei von diesen Grundfragen abgewichen. Ich bin überzeugt, daß der Artikel der „Konservativen Korrespondenz“, der den Anschein erwecken konnte, als wolle die rechte Seite dieses Hauses aus der

Verurteilung des Regierungspräsidenten Schlüsse ziehen, falsch ausgelegt worden ist. In unserer Zeit begehen wir ja oft solchen unrichtigen Interpretationen. (Heiterkeit.) Ich rechne auf die Zustimmung gerade der rechten Seite dieses Hauses, wenn ich sage: So lange ich die Verantwortung für die Erledigung der Geschäfte trage, lehne ich jede Einwirkung Dritter in das Verhältnis zwischen den Vorgesetzten und den Beamten mit Entschiedenheit ab. (Bravo! rechts.) Ueber den Beamten hat unter Führung der Rechtsorgane nur der Vorgesetzte zu entscheiden. Hier sind Legislative und Exekutive streng zu scheiden. Selbst in rein parlamentarisch regierten Ländern — ich habe lange in solchen gelebt — wird kein pflichtbewußter Minister sich dieses Rechts freizügig machen lassen. Ueber die Verfassung und die Entlassung eines Beamten entscheidet allein die Staatsraison und das Interesse des Dienstes. (Sehr wahr! rechts.)

Ich möchte aber noch ein Wort sagen über die politischen Beamten. Ich verlange von ihnen und wünsche, daß mein Wort in den Kreisen der politischen Beamten gehört und beherzigt werde, daß sie der von Se. Majestät dem Kaiser und König gebilligten und von mir vertretenen Politik der Staatsregierung nicht nur keine Hindernisse in den Weg legen, sondern sie unterstützen und fördern. Es geht nicht an, und ich würde es nicht, daß die Beamten glauben, Politik auf eigene Hand treiben zu können. In dem allerhöchsten Erlaß, welcher dem Fürsten Bismarck gegengezeichnet ist, wird ausdrücklich ausgesprochen, daß die mit der Ausführung der Regierungsakte betrauten Beamten auch die Politik der Regierung zu unterstützen und zu fördern haben. Dieser Erlaß ist noch in Kraft, und ich werde dafür sorgen, daß er überall und unbedingt zur Anwendung gelangt. (Beifall links.)

Der Vordredner ist auf die

Verurteilung des Ministers Holle

zu reden gekommen. Die Regierung befragt es tief, daß der Minister Holle in dem Bestreben, sich in sein schwieriges und umfangreiches Kulturreferat einzuarbeiten, seine Kräfte so sehr erschöpft hat, daß ihm von ärztlicher Seite für einige Zeit Fernhaltung von den Geschäften zur Pflicht gemacht werden mußte. In dem Gefühl, daß ein so wichtiges Referat nicht für lange des Chefs entbehren kann, hat Herr Holle schon Ende vorigen Jahres Se. Majestät dem Kaiser und König um seine Entlassung gebeten. Se. Ma.

der Kaiser und König hat sich noch nicht entschließen können, diesem Gesuch Folge zu geben, da die Hoffnung besteht, daß der Minister Holle bei weiterem Aufenthalt in gelundem Klima seine Kräfte vollständig wiedergewinnt. Es bedarf wohl kaum der Rechtfertigung, daß unter diesen Umständen nicht auf den Rücktritt eines Mannes gedrängt wird, der sich mit großer Pflicht-treue und mit lauterster Gesinnung den Aufgaben seines schwierigen Amtes bis zur völligen Erholung seiner Kräfte unterzogen hat. Selbstverständlich kann das jetzige Interimistum nicht lange dauern. Sollte der Minister Holle sich bis zum Frühjahr nicht ganz erholt haben, so wird die Neubestellung des Kultusministeriums stattfinden müssen. Es ist ja angetregt und auch im Schoße des Staatsministeriums erörtert worden, ob vielleicht dem einen oder anderen Minister das Kultusministerium vertrittungsweise zu übertragen wäre, oder die Minister, die allenfalls in Frage kämen, haben mich händingend gebeten (große Heiterkeit), doch davon abzusehen.

Ich muß auch anerkennen, daß alle Herren Minister in ihrem eigenen Ressort eine so große Arbeitslast zu tragen haben, daß ihnen nicht wohl, wenn auch nur für kurze Zeit, ein so schwieriges Ressort, wie das des Kultusministeriums, zugemutet werden kann. Unter diesen Umständen bitte ich Sie, den persönlichen und den sachlichen Schwierigkeiten, die in dieser Beziehung vorliegen, bei der Beratung des Etats Rechnung tragen zu wollen. — Von zwei Seiten ist an die erregten Debatten erinnert worden, die vor einiger Zeit im Reichstage stattgefunden haben. Auf die Einzelheiten dieser Verhandlungen und dieser Vorgänge werde ich selbstverständlich nicht eingehen. Ich habe auch nach den hier gemachten Ausführungen keine Veranlassung, mein damaliges Verhalten zu rechtfertigen. Ich halte mich aber doch für verpflichtet, um Mißverständnisse, denen ich namentlich in der Presse begegnet bin, entgegenzutreten, das Nachstehende zu sagen: Pflicht des verfassungsgemäß verantwortlichen Reichsanstalters und Ministerpräsidenten ist es, den Träger der Krone zu bedenken. Dieser Verpflichtung habe ich mich niemals entzogen, seitdem ich die Verantwortung für den Gang der Staats- und Reichsgeschäfte trage. Ich will nicht alle Fälle aufzählen, wo ich veranlaßt war, für den Träger der Krone einzutreten. Ich will nur an das erinnern, was ich vor vier oder fünf Jahren im Reichstage ausgeführt habe, als die Herren Abgeordneten Bebel und Richter von Rabinetsregierungen sprachen. Man sollte, sagte ich damals, nicht vergessen, die großen Vorteile, welche mit einer stark ausgeprägten und begabten Individualität eines Fürsten verbunden seien. Man sollte nicht ungerecht sein für das traktierende und rechtsche Rollen unseres Kaisers, für den großen Zug in seinem Wesen, für seinen freien und vorurteilslosen Sinn. Ich habe damals ausdrücklich erklärt, ich wüßte mich nicht zu erinnern, daß ich mich meiner Verantwortlichkeit je entzogen hätte. Und wenn ich diese Verantwortlichkeit zu tragen nicht mehr in der Lage wäre, so würde ich dem Zwiespalt zwischen der Auffassung des Monarchen und mir dadurch ein Ende machen, daß ich Se. Majestät bäte, mich meines Amtes zu entheben. So habe ich stets getan, was zu tun meine Pflicht war, und alles, was zu tun ich vermochte, um den Träger der Krone vor Mißverständnissen zu schützen, um sein Verhalten zu erklären und zu rechtfertigen, und um sein Ansehen zu wahren. Ich habe auch, als der Artikel im „Daily Telegraph“ erschien und eine große Bewegung durch das Land ging, nicht einen Augenblick gegögert, den Sachverhalt richtigzustellen und die Schuld auf mich zu nehmen. Ich habe in der Reichstagsdebatte alles hervorgehoben, was geeignet war, die unglückliche Wirkung jenes Interviews abzumildern und zu beseitigen. Ich habe den angeleglichen Selbstzuchtplan gegen die Buren, die mißverständlichen Äußerungen über Japan und richtiggestellt. Aber ich habe auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß zwischen dem Träger der Krone und den Wünschen und dem Empfinden des Landes nicht ein Zwiespalt entstehe, der für beide Teile verhängnisvoll sein müßte. Der verantwortliche Minister hat dafür zu sorgen, daß

der Träger der Krone nicht irre werde an dem Lande, und das Land nicht irre an dem Träger der Krone. Er hat dafür zu sorgen, daß die Verfassung nicht nur dem Buchstaben nach, sondern auch dem Geiste nach aufrecht erhalten bleibt. Der preussische Ministerpräsident hat vor allem dafür zu sorgen, daß die historische Stellung der Krone, die die Grundlage unserer Wohlfahrt und Macht und Zukunft ist, nicht aufs Spiel gesetzt und nicht abgenutzt werde.

In diesem Hause find viele Männer, die mit Stolz von sich sagen können, „Königstreu bis in die Knochen“. Ich bin aber überzeugt, daß nicht bloß sie, sondern jeder ehrliche und denkende Anhänger der monarchischen Staatsform und der Stellung des Kaisers im Reiche mich verstehen und mir glauben wird, wenn ich sage, daß ich gerade in den schweren Novembertagen als wahrhafter Royalist gehandelt habe in Uebereinstimmung mit dem ganzen Staatsministerium und mit dem gesamten Bundesrat. In dieser Ueberzeugung lasse ich mich nicht irre machen, auch nicht durch einseitige oder peride Zeitungsartikel, durch Klatsch und Querelen. (Bravo rechts.) In dieser meiner Pflichterfüllung werde ich nicht erlahmen, so lange ich die Verantwortung trage für die Geschäfte des Landes. (Bravo rechts.) Die Liebe zum Vaterlande, die Treue zum Königshause weisen mir den Weg vor, den ich zu gehen habe. Lassen Sie uns alle, meine Herren, dahin wirken, daß die Erinnerung an die Taten unserer Könige und alles, was sie für das Land getan haben, in der Folge nicht verbunkelt wird.

Die Hohenzollern

haben dem deutschen Volke den Traum und das Sehnen von Jahrhunderten durch die Gründung des Reiches erfüllt. In dem Vertrauen zwischen Fürst und Volk, in dem Ernst, mit dem von beiden Seiten dies Verhältnis aufgefaßt wurde, darin daß

der Fürst sich als erster Diener des Landes fühlte, und daß das Land weiß, daß die Interessen des Landes auch die Interessen des Fürsten und seine Richtschnur sind, darin lag in der Vergangenheit unsere Kraft, darauf beruht auch unsere Zukunft. (Bravo rechts.)

Ich habe noch eins auf dem Herzen. Ich höre so oft, die Regierung müsse energischer vorgehen gegen die Sozialdemokratie. Meine Herren, meiner Pflicht gegenüber der Sozialdemokratie bin ich mir sehr wohl bewußt. Ich glaube, es gibt niemanden, der in dieser Richtung die Gefahr klarer erkennt als ich. Aber ich muß doch daran erinnern, daß es nicht gefehlt hat an gelegentlichen Versuchen, die Auswüchse der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Nicht an der Regierung, sondern an der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien. Der von mir hoch verehrte Graf Botho Eulenburg, gewiß ein konservativer Staatsmann, hat einmal — ich glaube bei Beratung der Bergarbeiterdebatte im Herrenhause — in einer bedeutenden und bedeutungsvollen Rede den Wunsch ausgesprochen, daß die bürgerlichen Parteien sich immer mehr bewußt werden möchten der Macht, die beutzutage in der öffentlichen Meinung liegt. Er hat auf die geistigen Waffen hingewiesen, mit denen wir die Sozialdemokratie bekämpfen müssen. Schließen sich, sagte er, die bürgerlichen Parteien alle zusammen zur Bekämpfung der antireligiösen, antimonarchischen, antinationalen und antijohannischen Bestrebungen der Sozialdemokratie, dann, aber nur dann, werden wir sie überwinden.“

Ich weiß wohl, daß

die Sozialdemokraten

mit Mißgunst auf die Erzeugnisse und die Machtstellung Deutschlands sehen. Ich weiß auch wohl, daß es möglich ist, den Sozialdemokraten gegenüber den Weg der Gehegung zu beschreiten, und daß es möglich ist, das, was man auf diesem Gebiete für nötig hält, mit allen Mitteln durchzuführen. Um das zu tun, muß die Regierung aber die Ueberzeugung erlangen haben, daß die vorhandenen Mittel selbst bei einer starken, suchteligen Anwendung nicht mehr ausreichen. Diese Ueberzeugung hat die Regierung noch nicht gewonnen (Sört! hört!), und darüber müssen wir uns auch von vornherein klar sein, daß ein Vorgehen auf gelegentlichem Wege kein Alibi ist.

Worauf es ankommt ist, daß die Regierung in diesem Kampfe gegen die Sozialdemokratie auch wirklich unterstützt wird, daß alle diejenigen, die nicht wünschen, daß die Sozialdemokratie unsere bürgerliche Gesellschaftsordnung stürzt, dafür sorgen, daß die Regierung in diesem Kampfe gegen die Sozialdemokratie unterstützt wird. Dazu gehört auch, daß die bürgerlichen Parteien Maß halten in ihrer Kritik, und daß sie nicht durch übertriebene Kritik die Autorität schwächen, die sie doch stärker müßten. (Sehr richtig! rechts.) In vielen Fällen ist aber durch die scharfe Kritik der bürgerlichen Parteien und in der Presse die Autorität des Staates geschädigt worden. Ich will nicht zu weit gehen, wenn ich sage, daß die Ehrfurcht, die Treue vor dem Throne dadurch erschüttert wird, daß sie nicht, es auszulassen, daß in dieser Richtung in den letzten Jahrzehnten furchtbar geschändet worden ist (Zustimmung), auch in Kreisen, zu deren Tradition die Unterwürfung des Königtums in erster Linie gehört. Auch die sind über das Maß des politisch Richtigen, über das Maß des Zulässigen wirklich hinausgegangen. (Sehr richtig.) Man hat keinen Anstand genommen, auch Vorurteilen, Leidenenschaften und Irrtümern Rechnung zu tragen.

Meine Herren! Man hat oft gesagt, Revolutionen werden von oben gemacht; fälschlich, die Welt hat noch keine Revolution gesehen, bei der die Massen nicht von oben und unten in Bewegung gesetzt wurden. Man mag an die große französische Revolution denken. Siderlich ist auch bei uns die Genüßsucht, die Priviolität gegen früher gewachsen. Ich weiß aber wohl, daß diese Parallelen möglich ist zwischen unseren Zuständen und den Zuständen vor der französischen Revolution. Von mancher Seite wird freilich unseren Zuständen mangelnder Rechtsgefühl, Mißstände in der Verwaltung usw. zum Vorwurf gemacht, aber die verfassungsmäßige Freiheit des Einzelnen ist garantiert. Aber lernen sollen wir aus der Geschichte. Wir sollen an allen Stellen stark, bescheiden, einfach und tüchtig sein. (Beifall.) Dann werden die Söhne behaupten, was die Väter erworben haben. (Lebhafter Beifall.)

Hr. Herold (Str.):

Die Stellung des Reichsanstalters scheint einer Wahlrechtsreform wenig günstig zu sein. Der Reichsanstalter hat an die Parteien die Mahnung gerichtet, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Ich richte die gleiche Mahnung an die Staatsregierung. (Beifall im Str.) Die Nachschleife neben der Steuererhöhung ist doch des guten Jure. Die Vermehrung der Reichsteuern schadet der Reichsfreudigkeit. Die direkten Steuern müssen den Einzelne erhalten bleiben. Reichen die indirekten Steuern für Deckung der Reichsbedürfnisse nicht aus, so müssen eben die Matrinalbeiträge erhöht werden. Sparen müssen wir besonders an den Repräsentationskosten für die Beamten, deren Zahl verringert werden muß. Schon damit die Selbstverwaltung und damit die Arbeitsehrlichkeit der Gemeinden nicht beeinträchtigt werde. Für die Landmatrikulation muß mehr aus Gerechtigkeitgefühl werden wir für sie eintreten, selbst wenn sie uns alle Mandate abgeben. (Ja, na links, Zustimmung im Centrum.) Die bloße Möglichkeit der Nichtgenehmigung einer Ordensüberlassung ist eine Verletzung der katholischen Kirche. (Beifall im Str.) Ueberprüfungsamt) Schule und Kirche dürfen nicht getrennt werden, unsere Aufgabe ist, die heilige christliche Sitte aufrecht zu erhalten. (Beifall im Str.)

Hr. Dr. Pankade (Fr. Egg):

Bei der Beilegung des Zwiespalt zwischen Krone und Volk hat Fürst Bismarck als erster Royalist gehandelt. Das Gemitter hat freitragend gewirkt, nach oben wie nach unten. Die Guralstreiter der Straße, die Schmeißler der Feder sind zahlreich geworden. Auch werden wohl fortan junge Prinzen nicht mehr alten Professoren gute Lehren geben. Auch in Preußen brauchen wir ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, auch wenn es nicht angewandt zu werden braucht. Denn auch in der Schweiz ist ein Schwert wertvoll. Den Appell Bismarck an die Parteien, sie sollten zusammenhalten, richte ich besonders an die Liberalen, die die Spaltlinie ihres Parteilebens vertilgen und der Presse, die die eigene Partei zerstört, die Tür weisen müssen. Im liberalen Lager

